Unabhängige Sozialberatung

- Beratungs- und Beschwerdestelle für Erwerbslose -

Rottstr. 31, 44793 Bochum, Tel.: 0234 - 460 169; Fax: - 460 113; e-mail: Sozialberatung@sz-bochum.de
Hilfestunden: Dienstag: 16.00 – 18.00; Donnerstag: 11.00 – 13.00 Uhr (Tel. dann: - 5 47 29 57)

PRESSEMITTEILUNG 16. Januar 2006

Was will die ARGE mit unseren Kontoauszügen?

Erklärung des Vernetzungstreffens der Erwerbsloseninitiativen NRW vom 16. 1. 2006

Seit einiger Zeit werden bundesweit verschärft die Kontoauszüge der letzten drei Monate verlangt, so auch in Bochum.

Dieses Vorgehen der ARGE n ist rechtswidrig und beeinträchtigt das informationelle Selbstbestimmungsrecht nach Art. 2 Abs. 1 GG!

Das aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Grundgesetzes, Art. 2 Abs. 1 GG, und der Menschenwürde, Art. 1 Abs. 1 GG abgeleitete Grundrecht der informationellen Selbstbestimmung lässt Einschränkungen nur im überwiegenden allgemeinen Interesse zu, die zudem einer verfassungsgemäßen gesetzlichen Grundlage bedürfen und dem rechtsstaatlichen Gebot der Normenklarheit entsprechen müssen.

Kontoauszüge können verlangt werden, wenn Zweifel darüber bestehen, ob Leistungsberechtigte sich korrekt verhalten oder ob Sie nicht vorsätzlich die Bewilligung von ALG II herbeigeführt haben. In diesen Zweifelsfällen kann das Amt auf der Vorlage bestehen. Es muss sich jedoch um konkrete und begründete Anhaltspunkte für (beabsichtigten) Leistungsmissbrauch handeln.

Es gilt das Recht auf Sozialgeheimnis im Sinne des § 35 SGB I, dass nämlich Sozialdaten im Sinne des § 67 Abs. 1 SGB X von den Leistungsträgern nicht unbefugt erhoben werden dürfen. Sie dürfen nur erhoben werden, wenn ihre Kenntnis zur Erfüllung der Aufgaben der erhebenden Stelle zwingend erforderlich ist

Es steht aber nicht im Belieben der Verwaltung, Umfang und Reichweite der Mitwirkungspflichten von Antragstellern ohne konkrete rechtliche Grundlage festzulegen und bei deren Nichterfüllung sogar die Sanktion der Leistungsversagung zu verhängen. Zur Verhinderung des Leistungsmissbrauchs hat der Gesetzgeber u. a. den automatisierten Datenabgleich gemäß § 52 SGB II und besondere Anzeige- und Mitwirkungspflichten gemäß §§ 56 ff. SGB II eingeführt, die jedoch der ARGE keinerlei Handhabe für ein Verlangen auf Vorlage der Kontoauszüge bieten.

Auch unter dem Gesichtspunkt der Verhinderung des Leistungsmissbrauchs entbehrt das Vorgehen der ARGE n jeglicher Legitimation.

Das Verlangen nach prinzipieller Vorlage zurückliegender Kontoauszüge ist nach dem Gesetz und nach der Meinung der Datenschützer nicht möglich. „Die Aufklärungspflicht beschränkt sich insoweit auf die Behebung eigener Zweifel“ (Bundestagsdrucksache v8/2034 zu § 20 SGB X).

Auch das Hessische Landessozialgericht hat entschieden, dass die Kontoauszüge der letzten drei Monate nicht leistungserheblich sind und deshalb bei der Beantragung von

Arbeitslosengeld II im Regelfall nicht vorgelegt werden müssen. Die Vorlage ist deshalb auf den Einzelfall zu beschränken.

Gerade beim Fortsetzungsantrag bedarf die Anforderung von Kontoauszügen einer genauen Begründung, denn damit wird unterstellt, dass während des Bezugs von ALG II Einkommen verschwiegen worden sei. Eine andere Begründung dafür kann es nicht geben.

Der Leistungsberechtigte hat aber bereits alle leistungserheblichen Tatsachen auf dem dafür vorgesehenen Formular (§ 60 Abs. 2 SGB I) angegeben und die aktuellen Kontostände nachgewiesen.

Nach § 60 f SGB I muss jeder Empfänger von Sozialleistungen seiner Mitwirkungspflicht nachkommen, das bedeutet, dass Unterlagen vorgelegt werden müssen, die für die Bearbeitung und Berechnung der Sozialleistung erheblich und erforderlich sind.

Das beschränkt sich aber auf den letzten Auszug, der nicht älter sein sollte als eine Woche ist – das gilt auch für Online-Banking, Sparbuch etc. Es geht dabei um die Feststellung des aktuellen Vermögens.

„Wohlvollend“ wird argumentiert: „Wer nichts zu verbergen hat, zeigt seine Kontoauszüge gerne“. Dem können wir nur zustimmen! Ein Erwerbsloser hat nichts zu verbergen – „greifen Sie doch mal 'nem nackten Mann in die Tasche ...“.

ABER: wenn es darum geht, den Staat von unberechtigter Inanspruchnahme zu entlasten, sollte zuallererst da geprüft werden, wo es reichlich zu verbergen gibt (und nach Meinung von Fachleuten auch reichlich verborgen wird). Der Staat wäre umgehend von seinem Defizit befreit!

Wir würden uns darüber so freuen, dass wir **ausnahmsweise** gerne bereit wären, jedem einmal einen Blick in unsere leeren Taschen zu gewähren – vor allem nach dem 20. eines jeden Monats, wenn Schmalhans als Küchenmeister angesagt ist. Denn: der Monat hat immer mehr Tage, als das sogenannte Existenzminimum vorsieht.

Und wir raten allen: verhaltet Euch wie bei der Steuererklärung: wer etwas verbergen möchte, widerspricht nicht und präsentiert alle Konten. Das macht den besten Eindruck. Wer nichts zu verbergen hat, widersetzt sich der Anordnung. Aus Prinzip!

Beim feudalistisch-hierarchischen Aufbau der Bundesagentur für Arbeit und ihrer Untergliederungen ist anzunehmen, dass die ARGE n hier einer Anordnung von oben folgen. Möglich ist aber auch, dass die ARGE n durch eigenmächtiges Vorpreschen Punkte machen wollen im bundesweiten Wettbewerb um ausgelobte Prämien.

Auf jeden Fall ist festzustellen: juristisch verantwortlich für diese Rechtsbrüche ist die Geschäftsführung der jeweiligen ARGE / Jobcenter. Auch jeder einzelne Sachbearbeiter und jede Sachbearbeiterin hat die Verpflichtung, Anordnungen auf ihre Rechtmäßigkeit zu überprüfen.

Andernfalls sind sie mitverantwortlich für diese und andere permanente Rechtsbrüche.

i.A. Norbert Hermann